

Die Bilder aus Frankreich schocken: Tote, Verletzte, brennende Autos, Menschen in Panik. Müssen auch wir Angst vor gewalttätigen Ausschreitungen haben? BILD der FRAU sprach mit dem Einwanderungs-Experten Prof. Klaus J. Bade von der Universität Osnabrück

BILD der FRAU: In Frankreich kommt es seit mehr als drei Wochen fast jede Nacht zu Krawallen. Jugendliche zünden Autos an, liefern sich Straßenschlachten. Mußte man mit den Ausschreitungen rechnen? **Klaus J. Bade:** „Ja. Es war nur eine Frage der Zeit, wann es einen Auslöser geben würde, der die aufgestaute Wut vieler Einwanderer zur Entladung bringen würde. Ausschreitungen hat es schon seit Jahrzehnten immer wieder gegeben. Allein von Januar bis September sind knapp 30.000 Autos in Frankreich abgeackelt worden. Also noch vor der ‚Explosion‘ der Gewalt, die sich am Tod zweier junger Menschen entzündet hat.“



Klaus J. Bade (61) vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien

Auch in Deutschland sind vereinzelt Autos angezündet worden.

„Nachahmer-Taten bei uns waren zu erwarten. Die Leute hoffen, damit irgendwie auf sich aufmerksam zu machen.“

Welche Gruppen sind das bei uns?

„Hooligans, gewalttätige Jugendliche. Im Gegensatz zu Frankreich aber weniger Vertreter der Erniedrigten und Beleidigten.“

Also nicht bestimmte Volksgruppen wie Araber und Schwarzafrikaner in Frankreich?

„Wir haben auch unsere Problembezirke! Aber im Gegensatz zu Frankreich sind unsere Einwanderer Viertel vergleichsweise organisch über Jahrzehnte gewachsen. Dort leben Türken, Spätaussiedler, Juden, Kosovo-Albaner, Asylsuchende aus aller Welt nebeneinander, obgleich es auch ethnische Konzentrationen gibt. In Frankreich aber leben in den Betön-



Feuerwehrlaute stehen in den Resten eines zerstörten Kaufhauses in Aubervilliers bei Paris

BILD der FRAU, 47/2005 (1. 11. 2005)

Chaos in Frankreich: Keine Nacht ohne Krawalle

Straßenschlachten auch bei uns?

Ghettos der 1960er und 70er Jahre vor allem Araber und Schwarzafrikaner muslimischen Glaubens.“

Was, wenn sich bei uns Bewohner aus Problembezirken zusammenschließen und Straßenschlachten provozieren?

„Dazu kommt es nicht, die Barrieren zwischen ihnen sind zu groß. Menschen türkischer Herkunft und

Spätaussiedler mißtrauen sich zum Beispiel – schon weil sie völlig unterschiedlichen Glaubensrichtungen angehören. Die einen sind meist Moslems, die anderen häufig Mennoniten oder Baptisten. Dazwischen liegen Welten! Daß die Gruppen sich über die Konfessionen hinweg solidarisieren, kann ich mir nicht vorstellen.“

Und die andere Möglichkeit: Die Gruppen gehen aufeinander los?

„Diese Konflikte, etwa zwischen Türken und Rußland-Deutschen, gibt es bereits. Die Ursachen: Es fehlt an Bildung, Ausbildung, die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Chance, am Wohlstand teilzuhaben, dagegen gering. Da haben auch wir in der Einwanderungspolitik versagt.“

Was hätten die Politiker dagegen tun können?

„Viel! Ich habe mit anderen schon vor über 20 Jahren ein Zuwanderungsgesetz für Migrationssteuerung und Integrationspolitik gefordert, wie wir es jetzt erst haben. Vieles – etwa die fremdenfeindlichen Exzesse in den 90er Jahren – wäre unserem Land dann vielleicht erspart geblieben.“

Was muß bei uns geschehen, um in Zukunft Krawalle wie in Frankreich zu verhindern?

„Wir brauchen eine umfassend angelegte Integrationspolitik.“

Das heißt konkret?

„Im Sinne von Fördern und Fordern muß es klare rechtliche, soziale, kulturelle Leitorientierungen für Zuwanderer geben. Integrationspolitik muß auf verschiedenen Stufen der Einwanderung ansetzen: Präventiv, begleitend

und nachholend.“

Was ist präventiv, also vorbeugend möglich?

„Spätaussiedler und russische Juden warten meist zwei bis drei Jahre auf ihren Aufnahmebescheid. In dieser Zeit könnten sie Sprachkenntnisse verbessern oder erwerben und an Fernkursen teilnehmen, die sie auf die Arbeitswelt in Deutschland vorbereiten.“

Und die Zuwanderer, die schon hier sind?

„Das Zuwanderungsgesetz sieht Sprach- und Integrationskurse vor allem für Neuzuwanderer vor. Diese begleitende Integrationspolitik ist unabdingbar.“

Und was ist mit denen, die schon zum Teil in der zweiten Generation hier leben und immer noch nicht integriert sind?

„Für die brauchen wir nachholende Integrationspolitik. Die Mehrheitsgesellschaft, also wir, muß aber auch selber lernen, mit kultureller Vielfalt umzugehen. Integration ist keine Einbahnstraße.“

Der Staat ist pleite. Vernünftige Integration, wie Sie sie fordern, kostet aber viel Geld...

„Gerade das Beispiel Frankreich zeigt doch: Die sozialen Kosten fehlgeschlagener Integration sind viel höher als die rechtzeitiger Integrationspolitik.“

DETLEF MACZEWSKY



Mit Steinen attackieren verummte Jugendliche Polizisten



Tausende Autos wurden seit Beginn der Unruhen angezündet

Fotos: dpa (2); AP; Ullstein/AGF-Pressbild